



P R E S S E D I E N S T

Pressemitteilung der Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände
für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH)

Mobilität darf nicht zum Luxus werden

Der Wirtschaftsbereich Handelsvermittlung ist durch steigende Spritpreise besonders betroffen

Die Kraftstoffpreise galoppieren unaufhörlich. Jeden Tag werden die Autofahrer aufs neue geschockt, wenn sie sich einer Tankstelle nähern. Daran sind nicht nur die Mineralölfirmen schuld, auch der Staat mit seiner Steuerpolitik steht in der Verantwortung, betont Dr. Andreas Paffhausen, Hauptgeschäftsführer der Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH), Berlin.

Gerade für diejenigen, die aus beruflichen Gründen gezwungen sind, viel Auto zu fahren und keine Alternative dazu haben – wie beispielsweise die Handelsvertreter - steigen die Kosten für das Tanken mehr und mehr. Handelsvertreter fahren im Durchschnitt jährlich 40.000 Kilometer, um Kunden zu besuchen, und sind daher durch die Preisexplosion besonders belastet.

Nicht nur die Ölmultis sind die Nutznießer der Preiswelle sondern auch der Bundesfinanzminister: Denn die hohen Spritpreise bescheren dem Staat Mehreinnahmen in Milliardenhöhe. Bei jedem berechtigten Hinweis auf die steigenden Rohölpreise auf dem Weltmarkt darf nicht vergessen werden: Benzin und Diesel werden über Steuern und Abgaben vom Staat künstlich verteuert. Der Steueranteil am Benzinpreis beträgt dabei fast 90 Cent je Liter Benzin. Steigt nun der Benzinpreis, steigen auch die Mehrwertsteuereinnahmen, da sie immer 19 Prozent vom Endpreis ausmachen.

Gerade vor dem Hintergrund der derzeit kräftig sprudelnden Steuereinnahmen wäre es für die Bundesregierung jetzt an der Zeit, ein Zeichen zu setzen und den Steueranteil am Benzin- und Dieselpreis zu senken, wie das auch in anderen Ländern geplant ist. Auch die Abschaffung von Öko- und Kfz-Steuer wäre ein Weg, die Autofahrer zu entlasten.

Sollte diese Preisentwicklung anhalten, besteht zweifellos die Gefahr, dass es zu einer Preisspirale kommt, die sich auch auf andere Produkte überträgt. Auch die Konjunktur könnte durchaus Schaden nehmen. Die Autofahrer werden gezwungenermaßen Anschaffungen aufschieben oder ganz aufgeben. Auch dem Handel droht eine neue Teuerungswelle. Produkte, die auf den Rohstoff „Öl“ angewiesen sind, werden sich verteuern, und viele Hersteller werden die höheren Transportkosten an ihre Kunden weitergeben.

Die Politik erwartet von den Bürgern Flexibilität und Mobilität, sie wirft ihnen jedoch ständig Knüppel zwischen die Beine, die genau dies verhindern. „Mobilität darf nicht zum Luxusgut werden, sie muss bezahlbar bleiben“, fordert Dr. Paffhausen. „Die Melkkuh der Nation dürfen die Autofahrer nicht sein“.